

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Ausgabe 15,500.
Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl. incl. Frangirung 5 Rthl. durch die Post bezogen 6 Rthl. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Schilfern für Extrablätter ohne Postbefreiung 25 Pf. mit Postbefreiung 45 Pf. Inserate 50 Pf. Zeitungs 20 Pf. Frischer Scherzen laut anderem Preisverzeichniß. — Tabellendruck nach höherem Tarif. Rechnungen unter dem Abrechnungsdruck die Spalte 40 Pf. Inserate sind nach an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postwechsel.

Erscheint täglich früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannstraße 33.
Anzahlblätter der Redaction:
Donnerstag 10. 12 Uhr.
Freitag 6—8 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Beiträge an Wochenenden bis 1 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 7 1/2 Uhr. In den Fällen für die Annahme: Otto Krumm, Universitätsstr. 23, Louis Schöke, Rathhausstr. 18, p. nur bis 7 1/2 Uhr.

№ 323.

Montag den 18. November 1878.

72. Jahrgang.

Wohnungs-Vermiethung.

Im „rothen Colonnade“, Goethestraße Nr. 7, II. Etage, ist das bisher von dem verstorbenen Herrn Professor Dr. Hermann benutzte Logis, aus 3 Zimmern, Alkoven, Küche und Abtritt bestehend, vom 1. April 1879 an auf drei Jahre anderweit, meißelnd, jedoch unter Vorbehalt der Rückwahl unter den Vicitanten, zu vermieten.

Reflectanten werden ersucht, hierzu Sonnabend den 23. November d. J. Vormittags 11 Uhr im Universitäts-Restaurant zu erscheinen und ihre Gebote abzugeben. Die Vicitationsbedingungen liegen daselbst zur Einsicht aus. Leipzig, am 16. November 1878.

Universitäts-Restaurant.
Graß.

Bekanntmachung.

Wegen der Uebernahme der Bibliothek des verstorbenen Herrn Geh. Rath Haemel muß die Universitätsbibliothek Dienstag, den 19. November geschlossen bleiben. Leipzig, den 16. November 1878.

Die Direction der Universitätsbibliothek.
Dr. Krehl.

Bekanntmachung.

Der Vorbereitungs-Gottesdienst für den zweiten diesjährigen Fasttag findet Donnerstag den 21. November und zwar nur in der Wendische Hall. Leipzig, den 14. November 1878.

Die Kircheninspection für Leipzig.

Der Superintendent.
D. Geßler.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georg. Meßerschmidt.

Der Parteitag der Fortschrittspartei.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Breslauer Zeitung“, ein Blatt von entschiedenem Fortschritt-Leben, folgenden Artikel, der eine schlagende Charakteristik der fortschrittlichen Reformbewegung giebt. Wir geben denselben hier seinem ganzen Wortlaute nach wieder:

Man hat lange genug über die Rechte und die Linke innerhalb der national-liberalen Partei geschrieben und gepöbelst; wir fürchten sehr, daß sich auf dem, nächste Woche in Berlin zusammen-tretenden, Parteitage der Fortschrittspartei eine rechte und eine linke Seite weit schroffer einander gegenüber stellen werden, als es je im national-liberalen Lager gesehen. Die Vorbereitungen werden sich bereits in der Presse. Da giebt es in Leipzig eminent politische Köpfe, die zwar noch nie so viel Einfluß gewonnen haben, um einen Candidaten aus der Mitte der Fortschrittspartei zum Abgeordneten auch nur anzustreben, viel weniger durchzuführen, aber je geringer der Einfluß, um so größer das Geschrei; kurz, sie sind da und man muß mit ihnen rechnen, werden sie doch auch in Berlin theilweise unterstützt. Sie verlangen nichts mehr und nichts weniger, als daß sich die Fortschrittspartei in eine demokratische Partei umtanze und, was die Hauptsache ist, mit der süddeutschen Volkspartei sich vereinige oder wenigstens mit ihr Fühlung gewinne, vielleicht weil diese gerade so wenig oder so viel Einfluß in Süddeutschland hat wie die Leipziger in Sachsen. Man wird und ohne Weiteres einräumen, daß diese Richtung sich von der deutschen Fortschrittspartei um hundert Procent mehr trenne, als z. B. Gneiss von Lassler oder Forderbed innerhalb der national-liberalen Partei. Aber vorhanden sind sie, und sie kommen auch zum Parteitage, um den Bruch von vornherein zu constatiren, selbst wenn sie sich zur Annahme des vorgeschlagenen Programms, von welchem die Berliner „Volkstg.“ wünscht, daß kein Stein auf dem andern bleiben möge, bequemen.

Mit dem Parteiprogramm hat es seine eigenthümliche Demands. Wir meinen, die Parteien sollten so lange an dem einmal aufgestellten Programm festhalten, als bis alle oder doch die Hauptforderungen desselben erreicht sind; wir vermögen daher auch eine innere Nothwendigkeit nicht anzufinden, welche dazu dränge, ein neues Programm für die Fortschrittspartei an Stelle des im Jahre 1861 aufgestellten zu setzen. Wir denken, an dem alten Programm hat es nicht gelegen, daß die Fortschrittspartei nicht festere Wurzeln im Volke gefaßt und nicht eine größere Anzahl von Anhängern gewonnen hat, als erwartet wurde; das Programm that es nicht; es schadet weder, noch nützt es; weit größeren Einfluß hat die auf die Verwirklichung der Forderungen des Programms gerichtete Thätigkeit. Wir finden zwischen dem alten und neuen Programm auch keinen immensen Unterschied und nehmen deshalb auch keinen Anstand, im Ganzen und Großen uns mit dem neuen Programm eben so einverstanden zu erklären wie mit dem im Jahre 1861 aufgestellten.

Das Eine behauern wir, daß man den Passus von der „Stärkung der deutschen Central-Gewalt“ im neuen Programm weggelassen hat; derselbe konnte leicht, wie man uns sagt, zu Mißverständnissen führen. Wir fürchten sehr, daß gerade die Weglassung dieses Ausdrucks weit eher zu Mißverständnissen verleiten kann und bereits verleitet hat. Wir unsererseits wünschen von Herzen, daß die deutsche Central-Gewalt noch weit mehr verhärtet werde — nicht etwa dem Reichstage gegenüber, der be-

darf ja selbst noch gar sehr der Stärkung und gehört eigentlich mit zur Central-Gewalt, sondern weit mehr — dem Particularismus gegenüber, und hierin liegt gerade das bereits zu Tage getretene Mißverständnis, als könne es der deutschen Fortschrittspartei in den Sinn kommen, dem Particularismus irgendwo und irgendwo Vorschub zu leisten. Dem muß in aller Weise auf das Entschiedenste entgegengetreten werden. Wir wollen — zwar nicht die Eiferkeit, sondern die Einheit, aber diese auch voll und unbeschränkt, und dazu ist vor Allem notwendig die „Stärkung der Central-Gewalt“, d. h. des Reichs-Oberhauptes und des Reichstages, oder constitutionell ausgedrückt, der Executive und der Legislative. Es fällt uns nicht ein, in das Einzelleben der Staaten und Volkstämme einzugreifen; dadurch, daß wir dieses unangestastet lassen, unterscheiden sich eben die deutsche Einheit von der Einheit der Franzosen; d. h. die Einheit mit der berechtigten Decentralisation von der centralisirten Einheit.

Seit der Verwirklichung der deutschen Einheit ist der Particularismus und zwar nicht bloß in den Regenten, sondern auch in den Volkstämmen weit härter hervorgetreten, als wir uns Alle gedacht haben. Bis zum Jahre 1848 schlugen die Herrscher alle höher, wenn der Laib auf die deutsche Einheit gebracht wurde, und er erlangt ja bei allen Zwölfen, Volkstammen, Lieberkranzen und allen öffentlichen Demonstrationen. Als in und nach dem Jahre 1848 der Versuch der Verwirklichung gemacht wurde, mischten sich schon in die allgemeine Begeisterung Reflexionen aller Art ein, und nach den Jahren 1866 und 1871 zeigte sich, wie hart der Particularismus im deutschen Volke, und zwar, wir wiederholen es, in den Volkstämmen nicht minder wie bei den Fürsten war. Wir hatten uns Alle getäuscht; die Zeit der Gefahr ließ allerdings den vorwärtigen Enthusiasmus noch einmal aufflammen; da gab es noch einmal nur Deutsche; die Raube und der Friede rief den Charakterzug der Deutschen, die Sucht nach Individualisirung, wieder wach.

Diesem hartnäckigsten Feinde der deutschen Einheit, diesem Particularismus gegenüber bedürfen wir nach wie vor einer Stärkung der Reichs-Gewalt, des Reichsoberhauptes und des Reichstages, und diese Stärkung wird kommen, weil sie eine Nothwendigkeit ist, gleichviel ob wir sie in unser Programm aufnehmen oder nicht.

Dem Parteitage der deutschen Fortschrittspartei aber wünschen wir von Herzen, daß es ihm gelingen möge, die Strebungen der sogenannten radicalen Linken, denn in ihnen liegt auch ein gut Theil Particularismus, vollständig zu beseitigen und den alten schon traditionell gemordenen Namen der Fortschrittspartei aufrecht zu erhalten.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 17. November.

Die Ausführung des Socialistengesetzes rührt nirgends auf Schwierigkeiten und Widerstand. So glatt wie in Preußen und Sachsen verläuft der Pachtirungs-Proceß auch in Süddeutschland. Eine sehr beachtenswerthe Correspondenz meldet darüber der „R. Z.“:

Uebersteht man die bis jetzt zu Tage getretene Anwendung des Socialdemokratengesetzes und den Eindruck, welchen dieselbe auf die Bevölkerung macht, so hat sich keine der Befürchtungen bestätigt, welche sich während der Beratung des Entwurfs in der ra-

dicalen Presse, sei es politischer oder socialistischer Richtung, so laut vernahmen ließen. Man sah mit seinem besten Auge schon in so und so vielen Städten den kleinen Belagerungsstaat proclamirt und die dem Reichstangler persönlich unangenehmen politisch-radicalen Blätter unter das Messer geliefert. Statt dessen hat man das Gesetz energisch, aber innerhalb der von ihm gezogenen Grenzen angenommen, und eine Thatfache, aber die gar nicht gefürchtet werden kann: auch der liberale deutsche Mittel- und Kleingewerbestand ist mit der Wirklichkeit des Gesetzes durchaus einverstanden. Der Arbeitgeber sagt jetzt wieder Ruth, auch seinerseits dem eingetragenen Unwesen unter Beklatschen und Gesellen entgegen zu treten, er hofft wieder in ein gutes, auf gegenseitigem Vertrauen beruhendes Verhältnis zu seinem Bedienten zu gelangen, seitdem er sieht, daß der harte Arm des Gesetzes ihm zu Hilfe kommt und der handwerklichen Verberbung und Verwilderung der Agitatoren der Mund gestopft ist. Jene dickeren Propheten, welche zu sagen wußten, daß schlimmer als die offene Agitation die heimliche Untergrabung wirken werde, haben eben so wenig Recht bekommen, wie die großsprecherischen Redensarten der Socialdemokraten im Reichstag, daß sie auf das Gesetz „weisen“ würden. Sind wir recht unterrichtet, so hat gerade der Redner, welcher der Reichstagsmehrheit diesen Lohn ins Gesicht warf, sich anderswo in ganz anderer Tonart geäußert; jedenfalls ist bisher von den geheimen Agitationen als Erfolg des öffentlichen, die Menge ansehenden Spectakels nichts zu hören gewesen. Was die Beurtheilung des Aufstretens der Behörden angeht, verdient es Anerkennung, daß die, wie man annimmt, von Dr. Waller inspirirte Berliner Autographische Correspondenz mit den dortigen fortschrittlichen Preßmännern, welche systematisch die Schritte der Behörden zu denotiren anfangen, so energisch ins Gericht gegangen ist. Wenn man bedenkt, daß der Abgeordnete Waller es war, der erst nach langen Zwischenwegen einiger ihm nicht zusagender Bestimmungen im Einzelnen dem Ganzen des Gesetzes seine Zustimmung gab, ist ein solches Eintreten für die Ausführung des Gesetzes um so werthvoller. Es soll dabei nicht verdrängt werden, daß in manchen süddeutschen Wahlkreisen und nicht etwa bloß in dem des Abgeordneten Dr. Hölder, der sich deshalb förmlich zu rechtfertigen für nöthig fand, die von den National-liberalen durchgeführten Wendungen des Entwurfs mancher unangenehmen Kritik begegneten, wie z. B. der bayerische Abgeordnete v. Schaus darüber sich auszusprechen hatte; allein wer wirklich den Gang der Dinge wenn auch nur aus der Ferne verfolgt hat, muß in die Billigung des Verhaltens der Fraction einstimmen, die ohne Horeingenommenheit und Stoll in die Beratung eintrat, aber in derselben die einmal nach reiflicher Ueberlegung genommene Stellung gegen Rechts und Links fest behauptet hat.

Das letzte Krankheits-Bulletin aus Darmstadt ist vom Sonnabend und lautet: Der Großherzog ist seit heute Morgen fieberfrei, der örtliche Proceß ist stellenweise im Rückgange. Bei dem Erbgroßherzoge hat sich die Drüsenanschwellung am Halse vergrößert, das Fieber ist geringer. Die Prinzessin Irene ist fieberfrei, doch ist der Zustand im Allgemeinen dem schweren Charakter der Krankheit entsprechend und die örtlichen Erscheinungen am Halse sind stark entwickelt. Das Befinden der Prinzessinnen Victoria und Alix ist unverändert.

Die officiöse „R. Z.“ ist in der Lage, das Schreiben mitzutheilen, welches der Herzog von Cumberland aus Anlaß des Ablebens seines Vaters, des Königs Georg, seiner Zeit an Sr. Majestät den Kaiser und König gerichtet hat:

Durchlauchtester, Großmächtiger Fürst, freundlichster Bruder und Bester!

Mit tief betrübtem Herzen erfülle ich die traurige Pflicht, Eurer Majestät die Anzeige zu machen, daß es Gott in seinem unerforschlichen Rathschlusse gefallen hat, Meinen vielgeliebten

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des Finanzgesetzes vom 5. Juli d. J. in Verbindung mit der Ausführungsvorordnung vom 14. December 1877 zum Einkommensteuergesetze vom 22. December 1874 ist der zweite Termin der Einkommensteuer

am 1. November dieses Jahres mit dem fünf und einhalbprocentigen Betrage der einfachen Steuerbefreiung fällig, und werden die Beitragspflichtigen hierdurch aufgefordert, ihre Steuerbeiträge ungekündigt und spätestens binnen 8 Wochen nach demselben an die Stadt-Cassensinnahme — Büchli 61 im blauen Harnisch — bei Vermeidung der nach Ablauf dieser Frist gegen die Schätzungen eintretenden gesetzlichen Maßnahmen abzuführen. Leipzig, den 31. October 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georg. Laube.

Bekanntmachung.

Der von der Lagerhof-Berwaltung am 29. April 1878 unter Nr. 6593 aufgestellte Lagerchein über von den Herren D. Belmonte & Co. in Leipzig aufgelagerte 11 Rufen Gummirohre, gewogen Brutto 1075 Pfd., gezeichnet L. R. Nr. 29411 83736 82257 38288 34995 35217 36446 36574 34806 32256 31808, auf dessen Rückseite 1 Rufe II 36217 am. Nr. 68 Pfd., als abgenommen abgeschrieben ist und nur noch 10 Rufen am Lager befindlich sind, ist verloren gegangen.

Wir fordern den Inhaber des Lagercheins hierdurch auf, sich mit demselben binnen 3 Monaten und spätestens bis zum

18. December 1878

bei Verlust jeglichen Anspruchs an die Lagerhof-Berwaltung, in der Lagerhof-Expedition zu melden. Erfolgt keine Meldung, so wird der Lagerchein unwirksam erklärt und ein neuer Lagerchein ausgestellt werden. Leipzig, den 16. September 1878.

Lagerhof der Stadt Leipzig.
Gether.

Bater, Sr. Majestät Georg V., König von Hannover, Königlichem Prinzen von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg u. a., zu Paris am 12. Juni dieses Jahres nach längeren Weiden aus diesem Leben abzurufen.

In Folge dieses Tode und Rein Haus tief erschütternden Todesfalls sind alle Rechte, Prerogative und Titel, welche dem Könige, Meinem Vater, überhaupt und insbesondere in Beziehung auf das Königreich Hannover zufließen, kraft der in Meinem Hause bestehenden Erbfolgeordnung auf Mich übergegangen.

Alle diese Rechte, Prerogative und Titel habe Ich voll und ganz aufrecht. Da jedoch der Erbfolgeordnung in Beziehung auf das Königreich Hannover thatsächlich, für Mich selbstverständlich nicht rechtserhebliche Hindernisse entgegenstehen, so habe Ich beschlossen, für die Dauer dieser Hindernisse, den Titel „Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg“ mit dem Prädicats „Königliche Hoheit“ zu führen.

Indem Ich auch hiervon Mittheilung mache, wird es einer besonderen Ermahnung nicht bedürfen, daß Meine und Meines in voller Selbstständigkeit verharrenden Hauses Gesamtinge durch den zeitweiligen Nichtgebrauch der dieselben bezeichnenden Titel und Wärdien in keinerlei Weise aufgehoben oder eingeschränkt werden können.

Gumben, Juli 1878.
Ich verbleibe
Eurer Majestät
freundlichster Bruder und Bester
(ges.) Ernst August.

Als
des Königs von Preußen Reichsrath.
Bezeichnend ist, daß dieser Brief nicht an den deutschen Kaiser, sondern an den König von Preußen gerichtet ist.

Der Reichs- und Staats-Anzeiger veröffentlicht eine Bekanntmachung des preussischen Ministers des Innern, Grafen zu Eulenburg, durch welche die Mitglieder der beiden Häuser des preussischen Landtages davon in Kenntniß gesetzt werden, daß die Eröffnung des auf den 19. d. M. einberufenen Landtages an diesem Tage Mittags 12 Uhr im Weißen Saale des Königl. Schlosses zu Berlin erfolgen und daß zuvor Gottesdienst um 10 1/2 Uhr im Dome für die evangelischen und um 11 1/2 Uhr in der St. Hedwigs-Kirche für die katholischen Mitglieder stattfinden wird.

Zur politischen und finanziellen Lage Russlands wird der „R. Z.“ aus Berlin geschrieben:

Der russische Finanzminister hat mit den Bankiers in Paris, London und Berlin kein Abkommen zu Stande gebracht und die Geldklemme in Petersburg ist sehr drückend geworden. Zunächst hat man beschlossen, 50 Millionen Schatzbons auszugeben, die schon am nächsten ersten Mai wieder eingelöst werden sollen. Doch alle Finanzoperationen dieser Art bringen Russland nur neue Courcourse. Die Erhöhung der Abgaben ist nicht länger zu umgehen. Man spricht von Erhebungen der Steuern, Zuden und Steuernreformer, sowie von der Einföhrung des Tabakmonopols. Ohne fremde Anleihe wird Russland aus seiner Verlegenheit dennoch nicht herauskommen können. Man ist hier geneigt, die friedliche Haltung, die Russland neuerdings angenommen hat, zu erklären als eine Vorbereitung auf eine Anleihe. Falls Graf Schwaloff nach West gekommen sein sollte mit der Hoffnung, den Berliner Frieden zu „erweitern“, so hat er sich überzeugen müssen, daß augenblicklich kein Geschäft in dieser Richtung zu machen ist. Oesterreich verlangt in Uebereinstimmung mit England strenges Innehalten der Grenzen, die durch den Berliner Frieden gezogen sind. Sobald es indessen Russland gelungen sein wird, eine ausgiebige Anleihe